

Pressemitteilung

BERLINER ERKLÄRUNG: AUFTAKT FÜR ÜBERPARTEILICHE INITIATIVE VON FRAUENVERBÄNDEN UND PARLAMENTARIERINNEN FÜR MEHR CHANCENGLEICHHEIT IN DER WIRTSCHAFT

Abgeordnete aller sechs im Bundestag vertretenen Parteien und die Vertreterinnen sechs großer Frauenverbände fordern die tatsächliche Durchsetzung der im Grundgesetz garantierten Gleichberechtigung von Frauen und Männern und die Beseitigung bestehender Nachteile für weibliche Karrieren.

Berlin, 15.12.2011: Sechs der führenden Frauenverbände in Deutschland – Business and Professional Women (BPW), Deutscher Juristinnenbund (djb), Deutscher LandFrauenverband, European Women's Management Development (EWMD), Frauen in die Aufsichtsräte (FidAR), Verband deutscher Unternehmerinnen (VdU) und weibliche Abgeordnete aller sechs im Bundestag vertretenen Parteien verabschieden heute die Berliner Erklärung für eine Stärkung der Chancengleichheit von Frauen und Männern in Führungspositionen der Wirtschaft durch klare gesetzliche Vorgaben. Neben den genannten Initiatorinnen stehen bereits eine Reihe prominenter Erstunterzeichnerinnen hinter der überparteilichen und überfraktionellen Initiative.

Mit der Berliner Erklärung fordern die zwölf Initiatorinnen die gleichberechtigte Mitwirkung von Frauen an den Entscheidungsprozessen in den Führungs- und Kontrollgremien der Wirtschaft. Eine verbindliche und sanktionsbewehrte Mindestquote von zunächst mindestens 30 Prozent für die Aufsichtsräte der börsennotierten, mitbestimmungspflichtigen und öffentlichen Unternehmen soll dazu der erste Schritt sein.

Mit der Berliner Erklärung haben sich erstmals Frauen aller Fraktionen des Deutschen Bundestages gemeinsam zur Frage gesetzlicher Vorgaben mit dem Ziel der Erhöhung des Frauenanteils in den Führungsetagen der Wirtschaft positioniert und gemeinsame Forderungen aufgestellt. Die Verbände würdigen diese gemeinsame Anstrengung der Abgeordneten, insbesondere angesichts der divergierenden Auffassungen zum Thema innerhalb und zwischen den Parteien. Die Verbände begrüßen ausdrücklich, dass eine gemeinsame Position zu dieser wichtigen und grundsätzlichen gesellschaftlichen Frage formuliert werden konnte, die mit einer konkreten Forderung nach gesetzlichen Maßnahmen verbunden ist.

Die Berliner Erklärung bildet den Grundstein für ein breites gesellschaftliches Bündnis, um endlich effektive Maßnahmen zur Umsetzung der Gleichberechtigung in den Unternehmen auf den Weg zu bringen. Prominente Frauen aus dem gesamten Spektrum von Politik, Verbänden, Wirtschaft und Gesellschaft haben die Erklärung bereits unterschrieben – darunter Senta Berger, Dr. Margarete Haase, Steffi Jones, Alice Schwarzer und Friede Springer.

Die Berliner Erklärung ist ein Aufruf an alle Befürworterinnen und Befürworter einer gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern an den Führungspositionen der deutschen Wirtschaft, ihre Unterstützung durch die Unterzeichnung der Erklärung kenntlich zu machen. Die Berliner Erklärung kann im Internet unter www.berlinererklaerung.de unterschrieben werden.

Ihre Ansprechpartnerinnen

Henrike von Platen, Präsidentin, Business and Professional Women Germany e.V.
Tel.: +49 (174) 3 22 01 26, E-Mail: hvp@bpw-germany.de

Ramona Pisal, Präsidentin, Deutscher Juristinnenbund e.V.
Tel.: +49 (30) 44 32 70-0, E-Mail: geschaeftsstelle@djb.de

Brigitte Scherb, Präsidentin, Deutscher LandFrauenverband
Tel.: +49 (30) 284 49 29 10, E-Mail: info@landfrauen.info

Rena Bargsten, Vorstands-Sprecherin, European Women's Management Development
Tel.: +49 (30) 7 82 50 75, E-Mail: Germany@ewmd.org /
Tel.: +49 (40) 227 47 10, E-Mail: rb@mixworld.de

Monika Schulz-Strelow, Präsidentin, FidAR – Frauen in die Aufsichtsräte e.V.
Tel.: +49 (30) 887 14 47 13, E-Mail: monika.schulz-strelow@fidar.de

Carlotta Köster-Brons, Geschäftsführerin, Verband deutscher Unternehmerinnen e.V.
Tel.: +49 (30) 20 05 919-0, E-Mail: Carlotta.Koester-Brons@vdu.de

Pressekontakt:

Matthias Struwe | Eye Communications | Agentur für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Tel.: +49 (7 61) 137 62-21, E-Mail: m.struwe@eyecommunications.de

Business and Professional Women Germany e.V.:

Mit 42 Clubs und rund 1.800 Mitgliedern sind die Business and Professional Women (BPW) Germany eines der größten und ältesten Berufsnetzwerke für angestellte und selbständige Frauen in Deutschland. Der gemeinnützige Verband unterstützt berufstätige Frauen auf vielfältige Weise: Neben persönlichem Austausch, Vorträgen, Tagungen und Mentoring leistet das Netzwerk politisch-gesellschaftliche Lobbyarbeit auf nationaler und internationaler Ebene und engagiert sich für humanitäre Zwecke. Der BPW Germany kooperiert mit Wirtschaft, Medien, Politik und unterstützt seine Partner in Fragen der Unternehmensverantwortung und Chancengleichheit im Beruf. 2008 zeichnete das Netzwerk für die Einführung des Equal Pay Day, des internationalen Aktionstages für Entgeltgleichheit zwischen Frauen und Männern, in Deutschland verantwortlich. Mehr dazu unter www.bpw-germany.de.

Deutscher Juristinnenbund e.V. (djb):

Seit seiner Gründung 1948 setzt sich der djb für die Gleichstellung von Frauen ein und gibt Gesetzgebung und Rechtsprechung wichtige Impulse. Die Rasananz der gesellschaftlichen Entwicklung, der wirtschaftliche und damit politische Druck führt zu vielen rechtspolitischen Vorschlägen, Gesetzesinitiativen und Neuregelungen. Darunter zahlreichen rechtlichen Gebieten, auf denen der djb mit seinen fachlich hochqualifizierten Stellungnahmen und Vorschlägen sowie seiner Kritik gefragt ist, insbesondere in der Arbeitsmarktpolitik (Gleichstellung von Frauen und Männern im Erwerbsleben und in der Familie), in der Sozialpolitik (Rente, Steuern, Gesundheit, Familienlastenausgleich, Familienrecht, Lebenssituation älterer und behinderter Menschen, Medizinrecht), aber auch zum Thema Zuwanderung und Gewalt gegen Frauen und Kinder. Weitere Informationen: www.djb.de.

Deutscher LandFrauenverband (dlv):

Der Deutsche LandFrauenverband ist mit 500.000 Mitgliedern in 22 Landesverbänden der bundesweit größte Frauenverband im ländlichen Raum. Er tritt für die Interessen von Frauen und die Verbesserung der Lebensbedingungen in ländlichen Regionen ein. Neben Öffentlichkeitsarbeit und politischer Interessenvertretung gehört Erwachsenenbildung zu den Schwerpunkten der LandFrauenarbeit. Der dlv kooperiert mit zahlreichen nationalen und internationalen Organisationen und steht im Dialog mit Ministerien, Parteien und Parlamentariern. Nähere Informationen unter www.landfrauen.info.

EWMD (European Women's Management Development International Network):

EWMD ist ein internationales Management-Netzwerk für ManagerInnen, UnternehmerInnen und Selbständige mit ca. 800 Mitgliedern in 25 Ländern. Das Netzwerk fördert Frauen und Männer und bietet eine Plattform für den qualifizierten Austausch von Erfahrungen und Entwicklungen im Management. Mitglieder setzen sich für eine bessere „Gender-Diversity“, mehr Frauen in Führungspositionen und eine nachhaltige „Work-Life-Balance“ ein – branchenübergreifend und international. Neben Privatpersonen sind auch Unternehmen Mitglieder. Mehr Informationen zum EWMD im Internet unter www.ewmd.org.

FidAR:

FidAR – Frauen in die Aufsichtsräte e.V. ist eine überparteiliche und überregionale Initiative, die im Herbst 2005 von Frauen in Führungsposition in Wirtschaft, Wissenschaft und Politik ins Leben gerufen wurde. FidAR strebt eine nachhaltige Erhöhung des Frauenanteils in den Aufsichtsräten deutscher Unternehmen und die Verbesserung der Unternehmenskontrolle an. Ziel der Initiative ist die paritätische Besetzung aller Führungspositionen in der deutschen Wirtschaft. FidAR verfolgt diese Ziele im engen Austausch mit Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und in Kooperation mit den relevanten Wirtschafts- und Frauenverbänden. Mehr Informationen zu FidAR im Internet unter www.fidar.de.

Verband deutscher Unternehmerinnen e. V. (VdU):

Der VdU wurde 1954 in Köln als Vereinigung von Unternehmerinnen (VvU) gegründet. Er ist der größte deutsche Wirtschaftsverband, der branchenübergreifend die Interessen insbesondere mittelständischer Unternehmerinnen aus Industrie, Handwerk, Handel und Dienstleistung vertritt. Im Verband deutscher Unternehmerinnen e.V. (VdU) sind rund 1.600 Unternehmerinnen in 15 Landesverbänden und 15 Regionalkreisen organisiert. Die Unternehmerinnen erwirtschaften zusammen einen Jahresumsatz von 50 Milliarden Euro und beschäftigen über 320.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Deutschland. Seit mehr als 55 Jahren setzt der VdU sich erfolgreich dafür ein, dass die Stimme der Unternehmerinnen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft angemessen Gehör findet. Der Verband ist Unterzeichner der Charta der Vielfalt und Mitglied im Nationalen Pakt für Frauen in MINT-Berufen sowie im Aktionsbündnis zum Equal Pay Day. Der VdU wird in den kommenden drei Jahren mit seinem ESF-geförderten Projekt „Stärkere Präsenz von Frauen in Aufsichtsgremien“ 150 Frauen für Positionen in Beiräten und Aufsichtsräten schulen. Weltweit vernetzt ist der VdU durch seine Mitgliedschaft im internationalen Unternehmerinnen-Dachverband FCEM (Les Femmes Chefs d'Entreprises Mondiales). Weitere Informationen unter: www.vdu.de